
Nicos Poulantzas

Die Krise der Diktaturen

Portugal, Griechenland, Spanien

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp

Redaktion: Günther Busch

Was bedeutet der Niedergang der diktatorischen Regime in Südeuropa? Welche Tendenzen, Entwicklungen haben zu ihrer Krise oder ihrem Zusammenbruch beigetragen? Welche politischen und sozialen Kräfte werden im Innern dieser Staaten und von außen den Umbruch und seinen Verlauf auf lange Sicht bestimmen? Fest steht, daß die Wirtschaften sowohl Portugals als auch Griechenlands und Spaniens partiell abhängige Wirtschaften sind. Fest steht auch, daß über diese Abhängigkeit die innenpolitische Entwicklung dort gesteuert, notfalls »korrigiert« werden kann. Steht eine neue Strategie politischer Einflußnahme auf der Tagesordnung? Die Untersuchung des französischen Politikwissenschaftlers Poulantzas prüft die Chancen der Befreiung dieser Gesellschaften aus den Fesseln der Diktatur im Rahmen ihrer Abhängigkeit von den »Metropolen« und ihrer relativen »Unterentwicklung« innerhalb des europäischen Staatensystems. – Ganz ohne Zweifel sind die Entwicklungen bis zum Sommer 1976, die Poulantzas darstellt, von hoher politischer Bedeutung nicht nur für die unmittelbar betroffenen Länder, sondern auch für die Zukunft der westlichen Gesellschaften, für ihre Wirtschaftsstrategie, ihre Bündnisse und ihre Parteikonstellationen. Veränderungen wie diejenigen in Portugal, Griechenland und Spanien beeinflussen zwangsläufig die politische Geographie Europas – vielleicht nicht nur Europas.

Nicos Poulantzas

Die Krise der Diktaturen

Portugal, Griechenland, Spanien

Suhrkamp Verlag

Titel der Originalausgabe:
La crise des dictatures. Portugal, Grèce, Espagne
Aus dem Französischen übersetzt von Bernd Schwibs

2. Auflage 2015

Erste Auflage 1977

edition suhrkamp 888

© François Maspero, Paris 1975

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1977

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-10888-8

Inhalt

Vorbemerkung 7

Kapitel I

Der internationale imperialistische Zusammenhang 10

Kapitel II

Die Diktaturen, die USA und Europa 22

Kapitel III

Die herrschenden Klassen 37

Kapitel IV

Die Volksklassen 61

Kapitel V

Die Staatsapparate 81

Schlußfolgerung 115

Nachwort 121

Vorbemerkung

Das Jahr 1974 war, zumal im europäischen Bereich, durch Vorkommnisse von weittragender Bedeutung gekennzeichnet: den Sturz der Militärdiktaturen in Portugal und in Griechenland, den sich beschleunigenden Zerfall des Franco-Regimes in Spanien, dessen Zusammenbruch seitdem auf der Tagesordnung steht.

Mit dem Verlauf, den der Sturz der portugiesischen und der griechischen Diktatur genommen hat, sowie mit der in Spanien eingeleiteten Entwicklung sind einige wichtige Probleme verknüpft, die noch keineswegs geklärt sind. Die Regime in Portugal und Spanien sind offensichtlich weder durch eine frontal und offen operierende, massive aufständische Volksbewegung noch – wie der deutsche Nazismus und der italienische Faschismus – durch eine ausländische Militärintervention zu Fall gebracht worden. Welche Faktoren also haben ihren Sturz verursacht und auf welche Weise hat sich das Eingreifen der Massen in dieser Zäsur geäußert?

Diese Fragen betreffen nicht nur Portugal, Griechenland und Spanien. Sie beziehen sich auf alle Länder, die, wie die uns hier beschäftigenden, aus der von den imperialistischen Metropolen abhängigen Zone heraustreten und die gleichfalls kapitalistische Ausnahmeregime kennen (Faschismus, Militärdiktatur, Bonapartismus); man denke nur an einige lateinamerikanische Länder. Daher kommt den Lehren, die wir aus den Ereignissen in Griechenland und Portugal, aber auch aus der sich abzeichnenden Entwicklung in Spanien ziehen können, eine eminente Bedeutung zu.

Einige dieser Fragen gehen freilich – und nicht minder – auch die »industrialisierten« und »freien« Länder Europas an. Griechenland, Spanien und Portugal zeichnen sich durch eine ganz spezifische Abhängigkeit aus; sie gehören nicht mehr in den deskriptiv als »Unterentwicklung« gefaßten Statuszusammenhang und sind aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Struktur in das europäische System eingebunden. Deshalb ist das, was sich dort abspielt, in vielerlei Hinsicht für die anderen Länder Europas von Belang.

Der hier vorgelegte Essay versucht, auf die eingangs formulierten Fragen eine Antwort zu geben; Grund genug für mich, den Leser vorweg über ein paar Tatsachen in Kenntnis zu setzen.

1. Es handelt sich um einen politisch-theoretischen Text, der be-

wußt *kurz* gehalten ist und sich auf die wesentlichen Sachverhalte beschränkt. Keineswegs erschöpfend, gibt er auch keine detaillierte Geschichte dieser Regime und ihres Sturzes. Er wendet sich an ein relativ informiertes Publikum, das dem Geschehen in diesen Ländern mit *politischem Interesse* gefolgt ist und weiterhin folgt; das auf die Beschreibung von Einzelheiten partiell verzichten und sich auf deren Kontext und seine Erklärung konzentrieren kann. Andererseits werden, um den Text nicht allzu spröde und abstrakt zu machen, konkrete Daten zitiert, solche, die mir signifikant erscheinen. Kurz, ich versuche, das Dilemma jener Analysen zu vermeiden, die stets ebenso zuviel wie zuwenig sagen.

2. Der Sturz des griechischen und portugiesischen Regimes und der jetzt in Spanien eingeleitete Prozeß weisen, aus Gründen, die ich noch explizieren werde (und häufig wider allen Schein), zumindest im Hinblick auf die zentralen Probleme gemeinsame Merkmale auf. Die gleichwohl erkennbaren und nicht unerheblichen Unterschiede habe ich anzugeben gesucht, ohne dabei die Ähnlichkeiten aus den Augen zu verlieren – was eine gewisse Schematisierung unvermeidlich machte.

3. In diesem Text gibt es eine *bedeutsame Lücke*, die ganz und gar gewollt ist: Obwohl ich mehrfach auf die Rolle der linken Organisationen hinweise, enthalte ich mich einer ins einzelne gehenden Beschreibung ihrer Aktionen und beschränke mich gleichsam auf den Effekt, den sie gehabt haben, nämlich auf das Verhalten der Volksmassen. Das heißt nun beileibe nicht, daß ich die Tätigkeit jener Organisationen unterschätze; *im Gegenteil*. Um ihr Gewicht und ihre Funktion von Grund auf zu erfassen, wäre es nötig gewesen, in eine weitschweifige Diskussion der Strategien und der ihnen zugrunde liegenden Probleme, die den langwierigen Kampf im Widerstand bestimmt haben, einzutreten, was eine gesonderte Abhandlung erfordert hätte. Angesichts des offenbaren Dilemmas, in einem Zuge zuviel und zuwenig zu sagen, habe ich mich dafür entschieden, vorerst das Feld noch offen zu halten.

4. Wie ersichtlich wird, soll der Essay einen Beitrag zu der Diskussion über die Bedeutung der Ereignisse, insbesondere des Demokratisierungsprozesses, leisten; seine Absicht ist ganz und gar nicht, die Wege, die jene Länder künftig einschlagen werden, im voraus festzulegen. Dies gilt in höchstem Maße für Portugal, eingedenk der Instabilität der Kräfteverhältnisse, von der es gegenwärtig geprägt ist.

5. Eine letzte Bemerkung: Der aufmerksame Leser wird in einigen der hier vorgetragenen Analysen und Positionen Differenzen gegenüber meinem 1970 erschienenen Buch *Fascisme et Dictature* (*Faschismus und Diktatur*, München 1973) entdecken. Sie ergeben sich zum einen Teil aus der unterschiedlichen Natur der behandelten Gegenstände, nämlich im vorliegenden Fall Militärdiktaturen und nicht faschistische Systeme im strikten Sinne, somit Regime, die in eine andere historische Periode gehören als die zwischen den zwei Weltkriegen. Sie ergeben sich zum anderen Teil aus bestimmten *Berichtigungen* meiner früheren Analysen, die daher rühren, daß die Entwicklungen in den Ländern, mit denen ich mich hier befaße, unbestritten einer Reihe *neuer Elemente* in der Erfahrung der Volksbewegung mit kapitalistischen Ausnahmeregimen (des *offenen Krieges* gegen die Volksmassen) zum Vorschein bringen.

Paris, Februar 1975

Kapitel I

Der internationale imperialistische Zusammenhang

Die Ereignisse in Portugal und Griechenland und das, was sich in Spanien abzeichnet, lassen sich wohl nur aus dem neuen imperialistischen Zusammenhang, in den sie eingebettet sind, d. h. aus der neuen Phase des Imperialismus und deren Auswirkungen auf die europäischen Länder, angemessen begreifen. In der Tat stehen, graduell verschieden zwar, sowohl Portugal als auch Griechenland und Spanien in Europa für eine *charakteristische Abhängigkeit* von den imperialistischen Metropolen, einschließlich deren herrschendem Zentrum: den Vereinigten Staaten.

Es wäre falsch, wollte man diese Länder weiterhin unter dem traditionellen Bild als »unterentwickelte Länder« definieren. Aufgrund ihrer ökonomischen und sozialen Struktur bilden sie einen Teil Europas, also nicht bloß und nicht in erster Linie geographisch. Mehr noch, es läßt sich zeigen, daß bestimmte Merkmale ihrer Abhängigkeit von den USA und anderen Ländern Europas (Gemeinsamer Markt) in der jetzigen, neuen Phase des Imperialismus sich auch bei jenen europäischen Ländern finden, die selbst noch den imperialistischen Metropolen zugehören: Merkmale der Abhängigkeit von den USA. Gleichwohl sind Portugal, Spanien und Griechenland durch eine typische Form der Abhängigkeit gekennzeichnet – Ergebnis und Ausdruck der Entwicklung dort.

Diese Besonderheit ist auf die eigentümliche Geschichte dieser Länder zurückzuführen und weist zwei Aspekte auf:

– Erstens unterscheiden sich diese Länder vom Abhängigkeitstyp anderer beherrschter Länder durch eine relativ früh einsetzende ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, die im Falle Portugals und Spaniens aus der Ausbeutung des östlichen Mittelmeerraumes resultiert.

– Zweitens verweist das mehrfach bedingte Scheitern einer *endogenen* und *rechtzeitigen* Kapitalakkumulation jene Länder in der gegenwärtigen Phase des Imperialismus auf die Seite der von den imperialistischen Metropolen abhängigen Staaten. Daher kommt dieser dem neuen Stadium korrespondierenden neuen Dependenz-

struktur eine hohe Bedeutung zu.

Seit den Anfängen des Imperialismus sind die Beziehungen zwischen den nationalen Gesellschaftsformationen – Metropolen des Imperialismus einerseits, beherrschte und abhängige Länder andererseits – durch das Übergewicht des *Kapitalexports* gegenüber dem Warenexport bestimmt. Diese Bestimmung ist allerdings sehr allgemein: Faktisch und je nach Phase des Imperialismus spielt der Kapitalexport eine unterschiedliche Rolle, deren genaue Bedeutung jeweils nur über die weltweit stattfindenden Umwälzungen der Produktionsverhältnisse und der Arbeitsprozesse zu erfassen ist.

In den frühen Perioden waren die Kapitalexporte aus den imperialistischen in die abhängigen Länder primär an die Kontrolle der Rohstoffe (Förderindustrie) und die Erweiterung der Märkte gebunden. Damit in Zusammenhang stand, daß sich die Grenzlinie zwischen den Metropolen und den beherrschten und abhängigen Ländern im Kern mit der Trennung zwischen Industrie («industrialisierte» Länder) und Landwirtschaft (Länder mit vorherrschender Landwirtschaft) einerseits, zwischen Stadt und Land andererseits deckte. Die kapitalistische Produktionsweise hatte die Produktionsverhältnisse der abhängigen Länder noch nicht okkupiert; vielmehr zeugten die dortigen Produktionsformen und -weisen (feudale Produktionsweise, einfache Warenform usw.) von einem erstaunlichen Beharrungsvermögen, trotz der Veränderungen, die das allmähliche Vordringen kapitalistischer Wirtschaftselemente mit sich brachte.

Dies hatte für die sozio-ökonomische und die politische Struktur jener Länder beträchtliche Folgen, vor allem eine Dominanz der Agrarproduktion und der Rohstoff-Förderung sowie einen *markanten Rückstand* im Industrialisierungsprozeß (der häufig mit dem falschen Bild der »Unterentwicklung« beschrieben wird). Das wiederum zog tiefe Spuren in der Klassenstruktur. Drei Kennzeichen vor allen anderen sind hier zu erwähnen:

a) die numerische Schwäche sowie das relativ geringe politische und soziale Gewicht der Arbeiterklasse gegenüber der weitaus stärkeren, noch unter vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen lebenden Bauernschaft;

b) die spezifische Zusammensetzung der Kleinbourgeoisie – einerseits eine traditionelle, dem Handwerk und der Manufaktur (Kleinproduktion) sowie dem Handel verpflichtete Schicht, ande-

rerseits eine vorab aus dem Kleinbürgertum sich rekrutierende Staatsbourgeoisie (Agenten der Staatsapparate, Staatsbürokratie);

c) eine spezifische Formation der herrschenden Klassen in Gestalt des »Blocks an der Macht« (»Oligarchie«): Großgrundbesitzer, deren Einfluß erheblich war, im Bunde mit einer typischen *Kompradoren*-Bourgeoisie, die, mit schwacher ökonomischer Basis im eigenen Lande, als finanzielles und kommerzielles Gelenk für die Operationen des imperialistischen Auslandskapitals fungierte und diesem direkt unterworfen war.

In der gegenwärtigen Phase treten nun bedeutsame Veränderungen auf, deren Ursprünge kurz nach Kriegsende, deren Konsolidierung und Verbreitung auf *die sechziger Jahre* zu datieren sind. Die Kapitalexporte der Metropolen zum Zweck der Rohstoffkontrolle und der Ausweitung der Märkte werden fortgesetzt, jedoch mit einer Funktionsverschiebung – heute folgen sie hauptsächlich den Erfordernissen der weltweiten Verwertung, indem sie Profit aus der *direkten Ausbeutung der Arbeit* schlagen. Es handelt sich hier um ein typisches Phänomen des tendenziellen Falls der Profitrate und der neuen Bedingungen der Festschreibung der durchschnittlichen Profitrate im internationalen System. Der Bedrohung der Profitrate soll durch *intensive Ausbeutung der Arbeit* entgegengewirkt werden (Erhöhung der Ausbeutungsrate durch den relativen Mehrwert, die die Erhöhung der Arbeitsproduktivität sowie technologische Innovationen mit einschließt, usw.). Das bedeutet aber die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse *innerhalb* der dependenten Ländern selbst – durch zunehmende Unterwerfung ihrer Arbeitskraft auf der Grundlage einer extensiven Vergesellschaftung der Arbeitsprozesse und einer ausgeprägten Internationalisierung des Kapitals.

Diese Veränderungen bleiben nicht ohne gravierende Konsequenzen für die abhängigen Länder, jedenfalls für einige von ihnen. Das investierte ausländische Kapital nimmt zunehmend den Weg der Direktinvestition des produktiven Industriekapitals: Der Anteil des in der *weiterverarbeitenden* Industrie investierten Auslandskapitals wächst beträchtlich. Ein Beispiel dafür, das viel Aufmerksamkeit gefunden hat und das gleichwohl nur ein beschränktes Indiz für ausgreifende allgemeine Intentionen ist, sind die großen *multinationalen* Gesellschaften. Diese, überwiegend in amerikanischem Besitz, produzieren in einigen abhängigen Län-

dern aufgrund der günstigen Produktionskosten entweder umfängliche Teil des Endprodukts, das sie dann anderwärts verkaufen, oder installieren dort eine Stufe ihrer Gesamtproduktion oder lagern dort das Endprodukt, um es an Ort und Stelle zu verkaufen. Die Tendenz, von der wir oben gesprochen haben, übersteigt jedoch die Strategie der »Multis« bei weitem: Die spezifische Orientierung der Investitionen des ausländischen Kapitals in diesen Ländern zieht deren Arbeitsprozeß zwangsläufig in die weltweite kapitalistische Vergesellschaftung dieser Prozesse hinein.

Diese neuartige Organisation der imperialistischen Kette und der Dependenz – typisch für Griechenland und Spanien, in geringerem Maße für Portugal – verwandelt folgenreich die interne sozio-ökonomische Struktur der ihr ausgesetzten Länder. Deren Situation ist nun nicht mehr bloß durch die herkömmliche Trennung von Industrie und Landwirtschaft gezeichnet; ihre Abhängigkeit vollzieht sich jetzt vielmehr gerade über die *Industrialisierung* unter der Ägide und dem Anstoß des ausländischen Kapitals. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse werden massiv *in ihnen selbst* reproduziert – durch Unterwerfung der in ihnen verfügbaren Arbeitskraft unter diese Verhältnisse sowie die beschleunigte Verformung, Umgestaltung, schließlich Auflösung der vorkapitalistischen Arbeits-, Lebens- und Produktionsformen.

Nicht schon deshalb also, weil – wie jede Ideologie der »Entwicklung« hervorheben würde – Spanien und Griechenland dem Zustand der »Unterentwicklung« bereits entronnen sind und Portugal gerade im Begriffe ist, dies zu tun, hören diese Länder auf, beherrscht und abhängig zu sein. Die Herrschaft und die Abhängigkeit, denen sie unterliegen, vollziehen sich vielmehr auf einem *neuen Weg*, der über die Interessenpolitik des produktiven Industriekapitals und die ihm im internationalen System entsprechenden Arbeitsprozesse verläuft. Wir stoßen hier auf das Phänomen der *abhängigen Industrialisierung*, das auch anderswo, insbesondere in Lateinamerika, zu beobachten ist, und das folgende Komponenten hat:

- Einschnürung dieser Länder in industrielle Formen mit »geringer« Technologie;
- Festschreibung der Arbeitsproduktivität auf niedrigem Niveau, das bestimmt wird durch die Integration der Arbeitsprozesse dieser Länder in eine Vergesellschaftung der Produktivkräfte (*in-*

tegrierte Produktion), die im Rahmen der internationalen Beziehungen die Dequalifizierung der Arbeit auf die beherrschten Länder überträgt, die Reproduktion der höher qualifizierten Arbeit jedoch den herrschenden Ländern vorbehält;

– starker Transfer der Profite, die unmittelbar durch die Produktion von Mehrwert durch die Arbeitskraft der beherrschten Länder realisiert werden, usw.

Zur Ausbeutung der Massen mittels der produktiven Investition des ausländischen Kapitals kommt nun ein weiteres Element hinzu, das im Zusammenhang der neuartigen Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse die Arbeitskraft jener Länder insgesamt betrifft: der Export von Arbeitskraft in die imperialistischen Metropolen – die *Arbeitsemigranten* –, mit der gerade Portugal, Spanien und Griechenland weite Teile Europas versorgen. Damit ist eine regelrechte Überausbeutung gesetzt – nicht nur Überausbeutung der Arbeitsemigranten in den jeweiligen »Gast«-Ländern, sondern auch und vor allem für die beherrschten Länder in Gestalt verlorener Ausbildungskosten für eine Arbeitskraft, die erst in den Metropolen Früchte trägt. Ermöglicht und ausgelöst wurde diese massenhafte Emigration (worauf wir noch zurückkommen werden) durch den vom ausländischen Kapital initiierten deformativ-industrialisierungsprozeß sowie durch die inneren *Verschiebungen* und *Dezentrierungen* im Gefolge dieser von außen induzierten Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse.

Die neue Abhängigkeits- und Ausbeutungsorganisation der imperialistischen Kette erzeugt dergestalt *neue Spaltungen* zwischen den beherrschten und den abhängigen Ländern selbst. Obschon im Hinblick auf einige von ihnen als entscheidende Form der Ausbeutung weiterhin der an die Rohstoffkontrolle und den Warenexport gebundene Kapitalexport sowie die damit verknüpfte Trennung von Industrie und Landwirtschaft gültig bleiben, schlägt hier die *dominante* Ausbeutung – neben den überkommenen und im Hintergrund fortbestehenden Formen – eine neue Bahn ein.

Ich möchte, ohne den Leser mit detaillierten Zahlenreihen zu ermüden, einige wenige Beispiele anführen, welche die sozio-ökonomische Struktur dieser Länder und die in den letzten Jahren eingetretenen Entwicklungen zu erfassen erlauben und sie illustrieren.

– *Portugal*: Obwohl die auf der Einführung von Entwicklungs-

plänen beruhende Politik der wirtschaftlichen Entwicklung schon 1953 verkündet wurde, ist ein beschleunigter Zustrom größerer ausländischer Kapitalien erst ab 1960, parallel zur industriellen Expansion, zu verzeichnen: Das Volumen direkter Auslandsinvestitionen hat sich zwischen 1963 und 1965 verdoppelt und nimmt weiter zu. Mehr und mehr haben sich diese Investitionen über die Filialen der multinationalen Konzerne in den Sektoren des produktiven Industriekapitals konzentriert (chemische, metallverarbeitende und elektronische Industrie, aber auch andere weiterverarbeitende Industrien, z. B. Konfektion, usw.). Zugleich ist das Bruttosozialprodukt seit 1960 jährlich um ca. 6 % gestiegen, während die Wachstumsrate der Landwirtschaft zwischen 1960 und 1970 nur 1,5 %, die der Industrie 9,1 % und die des tertiären Sektors 5,9 % betragen. 1971 waren im primären Sektor nur noch 31,8 % der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt (gegenüber 48,4 % im Vergleichsjahr 1950), in der Industrie 37,2 % (24,9 %), im Dienstleistungssektor 32 % (26,7 %). Im übrigen besteht der originäre Charakter des portugiesischen Kapitalismus, verglichen mit dem Griechenlands und Spaniens und im Hinblick auf den Industrialisierungsstand, in seiner *extremen* Kapitalkonzentration und -zentralisation: 168 Gesellschaften von 40 000 (0,4 %) besitzen mindestens 53 % des Gesamtkapitals.

– *Spanien*: Obwohl in der Folge der mit den USA geschlossenen politisch-wirtschaftlichen Verträge, die Spanien dem Zugriff des amerikanischen Kapitals öffnen, ein erster Industrialisierungsschub bereits 1953 eintritt, beschleunigt sich der Prozeß erst am Ende der sogenannten »Stabilisierungs«-Phase, gegen 1960. Die ausländischen Investitionen erreichen spektakuläre Ausmaße (von 36,1 Mill. Dollar im Jahre 1960 auf ca. 180 Mill. 1968). Auch sie konzentrieren sich über die Filialen der multinationalen Gesellschaften in der chemischen Industrie, der Elektro- und Schwerindustrie (Schiffsbau, Automobile) sowie in den weiterverarbeitenden Industrien. Beträgt die jährliche Wachstumsrate in Spanien ca. 7 %, so in der Hauptsache wegen des Expansionsrhythmus der Industrieproduktion, die sich zwischen 1956 und 1969 vervierfacht. 1969 beschäftigt der Landwirtschaftssektor nur noch 31 % der erwerbstätigen Bevölkerung (gegenüber 42 % im Vergleichsjahr 1960), die Industrie 36 % (32 %), der Dienstleistungssektor 33 % (27 %).

– *Griechenland*: Dieses Beispiel ist deshalb besonders interessant,

weil der Vergleich gezogen werden kann zwischen der Entwicklung unter einem demokratischen Regime, nach 1960, und unter einer Militärdiktatur, nach 1967. Auch hier nimmt die Industrialisierung ihren Anfang in den sechziger Jahren mit dem Eindringen ausländischen Kapitals. Das Volumen der ausländischen Investitionen verfünffacht sich zwischen 1960 und 1964; die Jahre 1965 und 1966 sind infolge massiver Investitionen von Esso-Papas und Pechiney durch eine spektakuläre Progression ausgezeichnet. Das Brutto-sozialprodukt steigt zwischen 1960 und 1967 jährlich um ca. 6,7%.

Unter dem Militärregime soll – nach den offiziellen Zahlen – die Einfuhr ausländischen Kapitals zwischen 1967 und 1971 um 62 % höher gelegen haben als im Zeitraum zwischen 1962 und 1966. (In Wirklichkeit wurden einige der vom Regime erwarteten Investitionen letztlich nicht getätigt, weil einige Investoren angesichts der »instabilen Lage« des Regimes nun doch zögerten). Der Wachstumsverlauf des Bruttosozialprodukts unter der Diktatur sieht folgendermaßen aus:

1967:	4,5 %
1968:	5,8 %
1969:	8,8 %
1970:	7,5 %
1971:	7,3 %
1972:	10,5 %
1973:	10,1 %

Auch in Griechenland konzentrieren sich die ausländischen Investitionen seit den sechziger Jahren im Sektor des produktiven Industriekapitals (chemische und elektromechanische Industrie, Schiffsbau, andere weiterverarbeitende Industrien); zwischen 1960 und 1970 sind die multinationalen Gesellschaften mit 45 % am Zuwachs der Industrieproduktion beteiligt. Die gesamte Periode über ist die Steigerungsrate der Produktion in der weiterverarbeitenden Industrie besonders hervorstechend: zwischen 1963 und 1970 jährlich etwa 10,3 %. Der Beschäftigungsanteil der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft fällt von 56 % im Jahre 1961 auf 45 % im Jahre 1967, schließlich auf 37,3 % im Jahre 1971; in der Industrie steigt er im selben Zeitraum von 14 % auf 21,2 %, dann auf 25 % (im Dienstleistungssektor 1971: 38 %). Anzumerken ist, daß diese Verteilung der erwerbstätigen Bevölkerung keinen vollständigen Aufschluß über die Industrialisierung des Landes gibt, was schon daraus hervorgeht, daß 1970 der Anteil der

Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt 18 %, der der Industrie 33,2 % betrug: Der Industrialisierungsprozeß vollzieht sich hier in intensiver Weise durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität in bestimmten Industriezweigen (Chemie, erdölverarbeitende Industrie, Schiffsbau).

Die mit einem spezifischen Industrialisierungstyp gekoppelte neue Form der Abhängigkeit läßt sich anhand anderer Fakten erhärten, beispielsweise an dem erheblich steigenden Export von Industrieprodukten gegenüber landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Wie dem auch sei, der neue Weg, den die Abhängigkeit nimmt, ist von *entscheidender Bedeutung vor allem der Veränderungen wegen, die er in den sozio-ökonomischen Strukturen hervorruft*.

Darin steckt ein erstes Problem. Der geschilderte Zustand ist von den Widerstandsorganisationen häufig unterschätzt worden. Das gilt in erster Linie im Hinblick auf Portugal, nicht minder aber für Spanien, wo die Widerstandsorganisationen lange gebraucht haben, um die neuen Realitäten (an)zu erkennen. Die Ursache dafür liegt zweifellos in der von der Dritten Internationale übernommenen These, die faschistischen Regime und Militärdiktaturen seien zwangsläufig an ökonomische *Rückständigkeit* gebunden und »blockierten« in the long run die »wirtschaftliche Entwicklung« dieser Länder oder »schraubten sie gar zurück«. Es sind dies Kennzeichnungen, die mit einer ökonomisch-technizistischen Konzeption der Wirtschaftsentwicklung und Industrialisierung Hand in Hand gehen. Und diese Konzeption ist auch in den Theorien über »Unterentwicklung« auszumachen, als gäbe es in der Tat eine *neutrale* ökonomische Entwicklung mit uniformer, einliniger Finalität, die von jenen Herrschaftssystemen keinesfalls zu einem *guten Ende* gebracht werden könnte. Folgerichtig geht dann die Verurteilung dieser Regime mit ihrer Brandmarkung als »ökonomisch rückschrittlich« einher. Darin kommt eine weitere Illusion zum Zuge: daß jene Regime unweigerlich zum Untergang verdammt seien, ihr Sturz in einem unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer Unfähigkeit stehe, die »ökonomische Entwicklung« in Gang zu setzen oder in Gang zu halten.

Tatsächlich aber macht ökonomische Entwicklung *an sich* keinerlei Sinn. Wichtig allein ist ihre soziale und politische Bedeutung, anders gesagt: ihr Verhältnis zur *Ausbeutung* der Volksmassen in der gegenwärtigen imperialistischen Kette. Seit Beginn der sechziger Jahre ist sowohl von der griechischen Militärdiktatur als auch

von den Regimen Portugals und Spaniens parallel zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals eine *Politik der industriellen Entwicklung* verfolgt oder fortgesetzt worden, kurzum, eine Politik der Entwicklung *kapitalistischer Verhältnisse* in monopolistischer Form, jedoch angepaßt an die neuen Elemente der Ausbeutung, welche die aktuelle Phase des Imperialismus sowie die Beziehungen zwischen den beherrschten und den herrschenden Ländern bestimmen, d. h. eine Politik, *mittels derer* die letzteren Länder der für die imperialistische Kette wesentlichen neuen Strategie unterworfen wurden. Daraus folgt einerseits, daß diese »ökonomische Entwicklung« eine Reihe von Charakteristika aufweist, die für die abhängige Industrialisierung der beherrschten Länder typisch sind, wobei diese Industrialisierung keineswegs den »Weg« der herrschenden Länder nimmt, und andererseits, daß die Bevölkerungsmehrheit – eben aufgrund dieser Industrialisierung – einer *enorm gesteigerten Ausbeutung* sowohl durch ihre eigenen herrschenden Klassen als auch diejenigen in den Metropolen ausgesetzt wurde.

Damit ist die Frage nach dem Verhältnis dieser Regime zum Abhängigkeits- und Entwicklungstyp der uns beschäftigenden Länder gestellt. Unbestritten ist, daß jene auf *besondere Weise* die Herausbildung von Dependenz vom ausländischen Kapital begünstigt haben. Das festzuhalten ist wichtig, weil zahlreiche Autoren, zum Teil in Reaktion auf die falsche These einer zwangsläufigen Verbindung solcher Regime mit »ökonomischer Rückständigkeit«, zwar richtig erkannt haben, daß diese Regime sehr wohl die Entfaltung des Kapitalismus betrieben haben, aber sogleich hinzufügen, daß *deren eigene Rolle dabei gänzlich belanglos gewesen sei*, daß die Entwicklung sich auf alle Fälle und *auf die gleiche Weise* auch dann vollzogen hätte, wenn bürgerliche, parlamentarisch-demokratische Systeme an deren Stelle gewesen wären. Fast immer wird Griechenland als Beleg dafür zitiert. In der Tat ist dort die Wendung zur Industrialisierung, markiert durch die neuen Dependenzstrukturen und die massive Einfuhr ausländischen Kapitals, bereits vor der Militärjunta eingeleitet und ab 1964 dann beschleunigt worden – unter der Regierung übrigens nicht der Rechten, sondern des Zentrums (Papandreou sen.); die Junta hatte den Schwung lediglich fortzusetzen. Diese Interpretation unterstellt, grob gesprochen, daß die Abhängigkeitsformen eines Landes ausschließlich, notwendig und in allen Einzelheiten durch seinen je-

weiligen Platz in der imperialistischen Kette determiniert werden; politisch-soziale Unterschiede oder solche der politischen Institutionen würden daran, außer im Fall des Übergangs zum Sozialismus, nichts ändern.

Doch hören wir genau hin: Es ist evident, daß die Abhängigkeit eines Landes nur durch einen nationalen Befreiungskampf *gebrochen* werden kann, der in der neuen Phase des Imperialismus und unter der gegenwärtigen Konjunktur den Übergang zum Sozialismus mit einschließt, sich mit diesem deckt. Dies konzidiert, bleiben gleichwohl noch *unterschiedliche* Grade und Formen von *Abhängigkeit*, die im wesentlichen aus den *internen*, den Ländern je *eigenen* sozio-politischen Koordinaten erwachsen. Ein einfaches Beispiel: Frankreichs Verhältnis zum amerikanischen Kapital, das unter dem Gaullismus der Jahre 1960 bis 1968 ein anderes war, als es seitdem und zumal heute ist – zwei unterschiedliche Momente also, die dennoch in ein und derselben aktuellen Phase des Imperialismus liegen. In diesem Sinne kommt den diktatorischen Regimen Portugals, Spaniens und Griechenlands ganz sicher eine gewichtige Funktion bei der Festlegung des Verlaufs und Rhythmus des unter ihrer Leitung sich einspielenden Abhängigkeitsprozesses zu, und zwar, wohlgemerkt, nicht wegen ihrer immanenten Unterschiede zu parlamentarisch-demokratischen Herrschaftssystemen, sondern aufgrund sozialer und ökonomischer Kräfte, deren Interessen sie recht eigentlich vertreten haben. Das gilt besonders im Falle Griechenlands, wo in diesem Punkte die Politik der Militärjunta deutlich von der ihrer Vorgänger abweicht. Um das Problem in aller Klarheit zu formulieren: Aufgrund des »internen« und spezifischen Kräfteverhältnisses, dem sie genügen und das sie zum Ausdruck bringen, fällt den jeweiligen Regimeformen in den abhängigen Ländern eine besondere Funktion bei der Ausgestaltung der neuen Dependenz zu.

Die Untersuchung der Herrschaftsformen sowie der Veränderungen der politischen Institutionen, die ebenso in den Metropolen wie in den abhängigen Ländern auftreten, erfordert daher die Untersuchung der gegenwärtigen Phase des Imperialismus. Allerdings werden diese Veränderungen und Herrschaftsformen nicht ganz und gar von dieser Phase determiniert; Bedeutung hat sie nur in dem Maße, wie sie jeweilige Konjunkturen des Klassenkampfes, Klassentransformationen und Wandlungen in den Beziehungen zwischen den internen sozio-politischen Kräften bestimmt, die al-